

Landgemeinden fühlen sich übergangen

Thurgauer Zeitung 22.12.11

Regierungsrätin Carmen Haag erhält Post von neun Gemeindepräsidenten, die sich gestern in Schönholzerswilen trafen. Sie fordern die Regierung auf, die Gemeinden in ihrer Entwicklung nicht zu behindern und die Gemeindeautonomie hochzuhalten.

RUDOLF STEINER

SCHÖNHOLZERSWILEN. Ruedi Zbinden, SVP-Kantonsrat und Gemeindepräsident von Bussnang, hat zusammen mit zwei Ratskollegen vergangene Woche eine Motion im Grossen Rat eingereicht, wie die Thurgauer Zeitung berichtete. Zbinden und 42 Mitunterzeichner drücken im Vorstoss ihren Unmut gegen das Vorgehen des Bundesamtes für Raumentwicklung bei der Umverteilung und Rückzonung aus.

Verteilung des Wachstums

Jetzt doppelte acht Gemeindepräsidenten und eine Gemeindepräsidentin mit einem gemeinsamen Brief an die Vorsteherin des Kantonalen Baudepartementes (DBU), Regierungsrätin Carmen Haag, nach und fordern, dass die Änderungen nicht nur auf regierungsrätlichen Beschluss hin, sondern in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landgemeinden vorgenommen werden. Konkret: «Wir fordern

eine gerechte und gesicherte Zukunft in Sachen Raumplanung. Insbesondere soll die Verteilung des Wachstums im Kanton Thurgau

60 Prozent des urbanen Raums, 27 Prozent des kompakten Siedlungsraums und 13 Prozent der Kulturlandschaft betra-

gen.» Weiter beanstanden sie: «In all diesen Landgemeinden – Amlikon-Bissegg, Bussnang, Basadingen-Schlattigen, Dozwil,

Lommis, Mammern, Schlatt, Schönholzerswilen und Tobel-Tägerschen – wird durch diese Umverteilungen und Rückzonungen die ländliche Entwicklung und Zukunft verhindert.»

Vernünftige Lösungen gefordert

Darum die Forderung ans DBU: «Wir fordern, dass alle bewilligten Richtplangebiete und Bauzonen ihre Rechtsgültigkeit behalten und Änderungen in der Kompetenz der betroffenen Gemeindebehörde verbleiben. Die Gemeinden dürfen in ihrer Entwicklung nicht behindert werden.» Ein weiterer Stein des Anstosses ist die geplante innere Verdichtung der Wohngebiete.

Die neun Gemeindepräsidenten fordern die Regierung auf, die ländlichen Strukturen zu erhalten und den Kanton Thurgau mit vernünftigen und machbaren Lösungen als Landkanton mit Entwicklungspotenzial auch in den Landgemeinden zu unterstützen und die Gemeindeautonomie hochzuhalten.



Bild: Rudolf Steiner

Die Gemeindepräsidenten Freddy Oetli, Anton Stähli, Bruno Germann, Othmar Schmid, Peter Mathys, Marianna Frei, Fritz Locher, Hansjörg Lang und Ruedi Zbinden gestern in Schönholzerswilen.

WZ 23.12.11

Landgemeinden fühlen sich übergangen

REGION. Die Thurgauer Regierungsrätin Carmen Haag erhält Post von neun Gemeindepräsidenten. Sie fordern die Regierung auf, die Gemeinden in ihrer Entwicklung nicht zu behindern und die Gemeindeautonomie hochzuhalten. SVP-Kantonsrat Ruedi Zbinden hat zusammen mit zwei Ratskollegen vergangene Woche eine Motion im Grossen Rat eingereicht. Zbinden und 42 Mitunterzeichner drücken ihren Unmut gegen das Vorgehen des Bundesamtes für Raumentwicklung bei der Umverteilung und Rückzonung aus.

Verteilung des Wachstums

Jetzt doppelte neun Gemeindepräsidenten, darunter die beiden Hinterthurgauer Anton Stähli (Tobel-Tägerschen) und Frith Locher (Lommis), mit einem gemeinsamen Brief an die Vorsteherin des kantonalen Baudepartementes (DBU), Regierungsrätin Carmen Haag, nach und fordern, dass die Änderungen nicht nur auf regierungsrätlichen Beschluss hin, sondern in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landgemeinden vorgenommen werden. Konkret: «Wir fordern eine gerechte und gesicherte Zukunft in Sachen Raumplanung. Insbesondere soll die Verteilung des Wachstums im Kanton Thurgau 60 Prozent des urbanen Raums, 27 Prozent des kompakten Siedlungsraums und 13 Prozent der Kulturlandschaft betragen.» In all diesen Landgemeinden werde durch diese Umverteilungen und Rückzonungen die ländliche Entwicklung verhindert.

Vernünftige Lösungen gefordert

«Wir fordern, dass alle bewilligten Richtplangebiete und Bauzonen ihre Rechtsgültigkeit behalten und Änderungen in der Kompetenz der betroffenen Gemeindebehörde verbleiben. Die Gemeinden dürfen in ihrer Entwicklung nicht behindert werden.» Die neun Gemeindepräsidenten fordern die Regierung auf, die ländlichen Strukturen zu erhalten und den Kanton Thurgau mit vernünftigen und machbaren Lösungen auch in den Landgemeinden zu unterstützen. (rst)